

Offene Worte

Online Nr. 266

Zeitung der LINKEN für den Barnim

19. Nov. 2023, 33. Jahrg.



422 Neueintritte in 9 Tagen registrierte DIE LINKE bundesweit bis Anfang November. Auch für Brandenburg gab Parteichef Sebastian Walter positive Zahlen bekannt: Bis zum letzten Wochenende stünden 15 Parteiaustritten 40 Neueintritte entgegen, seitdem Sarah Wagenknecht die LINKE verlassen habe.

Für eine EU von unten

LINKE beschloss Europawahlprogramm und wählt die Kandidaten für die Europawahl am 9. Juni 2024

Am 17. und 18. November bietet der Bundesparteitag der LINKEN in Augsburg über das Europawahlprogramm für die Wahl am 9. Juni 2024. Heute wählt die Vertreter:innenversammlung die Kandidat:innen für die Europawahl. Parteivorsitzender Martin Schirdewan und die Menschenrechtsaktivistin Carola Rackete führen mit der gestrigen Wahl die Europalisten an.

Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg unterstützen die Kandidatur von Frederike-Sophie Gronde-Brunner. Die Fachfrau für Euro-Hotelmanagement und Sozialwissenschaftlerin ist Europareferentin in der Landtagsfraktion der LINKEN Brandenburg. Europa und Kommunales gehören für Gronde-Brunner zusammen: „Gesetzliche Grundlagen der Kommunalebene beruhen zu über 80 Prozent

auf EU-Recht. Doch mitbestimmen dürfen Städte und Gemeinden nicht“, begründete Gronde-Brunner ihre Kandidatur. Weil es an Kitas, Schulen, ÖPNV, Arbeitsplätzen und zukunftssicherer Infrastruktur fehle, sinke der soziale Zusammenhalt. Deshalb will sich Gronde-Brunner für eine Europäische Regionalpolitik einsetzen, die für und mit den Menschen gestaltet wird. „Die systemischen Fehler der EU müssen behoben werden“, sagt sie. „Mehr Investitionen in die Energie- und Verkehrswende, mehr Mitbestimmung für die Regionen – für eine EU von unten“, dafür setze sich Frederike ein, begründen die beiden Brandenburger Landesvorsitzenden der LINKEN, Sebastian Walter und Katharina Slanina, die Unterstützung für die Kandidatur von Frederike-Sophie Gronde-Brunner. **bc**

Nein zu Aufrüstung und Krieg!

DIE LINKE ruft zur Teilnahme an der bundesweiten Friedens-Demo am 25. November auf 13 Uhr, Brandenburger Tor (Westseite), Berlin

Ein breites Bündnis namhafter Personen aus Kultur, Politik und Wirtschaft hat zu einer bundesweiten Friedensdemo am 25. November um 13 Uhr am Brandenburger Tor (Westseite) in Berlin aufgerufen. Inzwischen haben sich zahlreiche Bündnisse und Gewerkschaften dem Aufruf angeschlossen. Der Bundesvorstand der LINKEN hat am 11. Oktober beschlossen, die Demo zu unterstützen: Für soziale Gerechtigkeit und Solidarität, für Klimagerechtigkeit und Frieden! Der Kreisvorstand der Barnimer LINKEN ruft zur Teilnahme auf.

Zur Begründung heißt es im Aufruf der LINKEN: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine dauert an. Ziel ist die völkerrechtswidrige Einverleibung besetzter Gebiete verbunden mit der gewaltsamen Unterdrückung des Widerstandes gegen die Besatzung. Es wird immer offensichtlicher, dass eine militärische Lösung eine Illusion ist. Nachhaltigen Frieden kann es nur durch eine Verhandlungslösung geben.

Stattdessen werden immer schwerere Waffen an die Ukraine geliefert. Nicht nur die deutsche Regierung setzt weiter auf Eskalation statt auf Diplomatie und Verhandlungen. Immer mehr Geld wird für Rüstung ausgegeben. Die Gefahr, dass sich der Krieg ausbreitet, steigt.

Waffen schaffen keinen Frieden. Alle wissen das. Trotzdem wird der Kurs der Aufrüstung weiter als alternativlos dargestellt. Warum? Die Rüstungsindustrie fährt Rekordgewinne ein. Mit Verweis auf den Krieg treiben Energie- und Lebensmittelkonzerne die Preise und ihre Profite nach oben.

Die Löhne können die Inflation nicht ausgleichen und die reichsten Deutschen steigern ihren Reichtum weiter. Sie konnten die Inflation für sich ausgleichen. Auf unsere Kosten.

Die Bundesregierung will im nächsten Jahr noch mehr Geld für die Rüstung ausgeben. Zusätzlich zum 100-Milliarden-Euro-Sonder-

Für eine Rückkehr zum Völkerrecht. In Zukunft investieren statt in Rüstung!

programm für die Bundeswehr! Überall sonst will diese Bundesregierung kürzen und Vorschläge der LINKEN ablehnen:

Mehr Pflegekräfte und bessere Arbeitsbedingungen? Fehlanzeige.

Bus und Bahn ausbauen? Zu teuer.

Für bezahlbaren Wohnraum? Nicht mit dieser Regierung.

Genug Lehrer:innen? Jahrelang verschlafen.

Kinder gegen Armut schützen? Abgesagt.

Nirgendwo geht es voran. Die Klimakatastrophe ist nicht gestoppt. AfD und CDU machen Stimmung gegen Geflüchtete. Und die Bundesregierung macht mit. Was für eine Ablenkung! Wohnungen, Lehrer:innen und Pflegekräfte waren schon knapp, bevor Geflüchtete gekommen sind. Die aktuelle Regierung und die große Koalition vor ihr haben versagt und damit die Rechten stärker gemacht.

Wir stellen uns dagegen!

(Auszüge aus dem Aufruf des Parteivorstandes der LINKEN, stark gekürzt)

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Dominik Rabe.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
22. November